

Zur kontroversen
Beurteilung
des abgeschafften
ostdeutschen Staates

Vierzig Jahre DDR – Zwanzig Jahre deutsche Einheit (Teil 2)

Richard Schröder

Der Ruf, den die deutsche Einheit in Deutschland genießt, ist nicht besonders gut. Umfragen im Osten belegen regelmäßig eine seltsame Diskrepanz. Befragt, wie sie ihre persönliche Lage seit der deutschen Einheit beurteilen, antworten 75 Prozent der Ostdeutschen: „Gut“ oder „Kann nicht klagen.“ Befragt nach der Lage in Ostdeutschland allgemein, antworten wiederum etwa 75 Prozent: „Schlecht.“ Die Mehrheit also ist zufrieden, hält sich aber für die Ausnahme – ein sehr irritierender Befund.

Auch im Westen hat die deutsche Einheit keinen sehr guten Ruf. Die einen sehen lauter Fehlentscheidungen, andere beklagen die andauernd hohen Kosten.

Die vier Prozesse der Einheit

Vor lauter Jammern übersehen wir meistens, dass es bei der deutschen Einheit im Osten nicht um einen, sondern um vier Prozesse ging. Für ein gerechtes Urteil muss man sie unterscheiden, obwohl sie miteinander verschränkt sind.

Erstens: die *Herbstrevolution von 1989*. Die unvermeidlichen Folgen dieser Revolution sind in Kürze so zu beschreiben:

Es kam zu einem Elitenwechsel, der in der ersten freien Volkskammerwahl am 18. März und den ersten freien Kommunalwahlen am 6. Mai sichtbar vollzogen wurde. Dazu mussten sich Leute finden, die ohne Vorübung politische Verantwortung übernahmen. Man hat sie vom Westen aus gern als Laienspieler betitelt und dabei offenbar übersehen, dass Politprofis nicht zu haben waren,

denn die bisherigen waren in Sachen Demokratie und Marktwirtschaft auch Laienspieler. Dafür gibt es einen äußerst erfreulichen Beleg. Als das Politbüro nach Honeckers Rücktritt auch Glasnost praktizieren wollte, kam es zu der glücklich verunglückten Pressekonferenz, durch die Schabowski unbeabsichtigt die Maueröffnung auslöste.

Eine Revolution, das Ende einer Diktatur, stellt die Beteiligten immer vor das Problem der sogenannten Vergangenheitsbewältigung. Täter und Opfer stehen sich gegenüber.

Jede Revolution löst unvermeidlich erhebliche Orientierungsprobleme aus. Das Bisherige gilt nicht mehr, die bisherigen Autoritäten sind diskreditiert, was gilt jetzt?

Es war eine gewaltlose Revolution und die erste erfolgreiche. Sie konnte nur erfolgreich sein, weil sie gewaltlos war. Man waren auf alles vorbereitet, nur nicht auf Kerzen und Gebete, wie der bereits zitierte damalige Volkskammerpräsident Horst Sindermann (SED) resigniert feststellte.

Zweitens: die *staatliche Vereinigung*. Der Osten übernahm die politischen, sozialen, wirtschaftlichen Ordnungen der Bundesrepublik, während im Westen zunächst alles beim Alten blieb. Aber zum Jahreswechsel 1989/90 hatten sich lediglich zwei europäische Regierungschefs für die deutsche Einheit ausgesprochen, nämlich der spanische und der irische. Der italienische Politiker Andreotti hatte gesagt: „Wir lieben Deutschland so sehr,

Knapp zehn Jahre liegen zwischen den zwei Aufnahmen der Bildgegenüberstellung vom Brandenburger Tor in Berlin. Der rechte Bildausschnitt zeigt zwei DDR-Grenzer im Wende-Herbst 1989 wenige Wochen vor der Öffnung des Tores, der linke Bildausschnitt zeigt Tausende Läufer, die im September 1998 beim Berlin-Marathon das historische Bauwerk am Pariser Platz in der wiedervereinigten deutschen Hauptstadt durchqueren.

© picture-alliance/ZB, Foto: Bernd Settnik (linker Ausschnitt)/Horst Sturm (rechter Ausschnitt)



dass wir am liebsten zwei davon haben.“ Der französische Staatspräsident Mitterrand stattete der DDR Ende Dezember demonstrativ einen Staatsbesuch ab und schloss mit ihr ein langfristiges Handelsabkommen. Margaret Thatcher berief eine Historikerkonferenz ein, und die *Times* beschwor die Gefahr eines „Vierten Reichs“. Von der Sowjetunion war zwar zu erwarten, dass Gorbatschow einer inneren Reform der DDR zustimmen, aber doch nicht, dass er den westlichen Vorposten des Imperiums aufgeben würde.

Mit dem Mauerfall trat die deutsche Einheit ins Feld des Möglichen, aber damit erwachten bei unseren Nachbarn auch schlimme Erinnerungen und Befürchtungen. Das sollten wir nicht zu schnell vergessen. Sonst verschenken wir einen Grund zur Freude und zum Dank. Die Siegermächte und unsere Nachbarn haben uns schließlich zugetraut, dass wir Deutschen aus unserer Geschichte

gelernt haben. Selbstverständlich war das nicht.

Bis heute wissen viele nicht, warum der 3. Oktober unser Nationalfeiertag ist. Das habe Helmut Kohl so festgelegt, heißt es. Bei allem Respekt vor dem Kanzler der Einheit, den Beitritt konnte nur die Volkskammer beschließen. Er hat nur geraten, nicht bis November zu warten, denn da sei das Wetter zum Feiern zu oft zu trüb. Nach einer hitzigen Debatte beschloss die Volkskammer in den frühen Morgenstunden des 23. August 1989 den Beitritt zum 3. Oktober 1989. Um 2.30 Uhr konnte die Volkskammerpräsidentin das Abstimmungsergebnis verkünden.

Und warum gerade dieses Datum? Es war der frühestmögliche Termin für einen Beitritt mit internationaler Zustimmung. Wir Deutschen konnten uns ja gar nicht aus eigener Machtvollkommenheit vereinigen. Denn der Zweite Weltkrieg war nicht durch einen Friedensvertrag been-

det worden. Die vier Siegermächte hatten sich die Zuständigkeit für Deutschland als Ganzes vorbehalten. Im „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ vom 12. September, kurz Zwei-plus-Vier-Vertrag genannt, hatten sie alles Diesbezügliche mit den beiden deutschen Staaten geregelt. Es wollten aber viel mehr Staaten mitreden, wenn der Zweite Weltkrieg völkerrechtlich beendet werden sollte. Eine solche Friedenskonferenz wäre ein Mammutunternehmen geworden, das so schnell nicht zu Ergebnissen geführt hätte. Es waren die USA, die stattdessen die Zwei-plus-Vier-Idee ins Spiel brachten. Als kleine Entschädigung sollte der Vertrag deshalb vor seinem Inkrafttreten der KSZE vorgestellt werden, was am 1. Oktober in New York geschah. Ein Tag Rückreise für die deutsche Delegation ergab den 3. Oktober.

Im Nachhinein bedauere ich, dass wir nicht noch sechs Tage draufgeschlagen haben. Der Beitritt zum 9. Oktober, ein Jahr nach der großen Montagsdemonstration in Leipzig, vor der die Sicherheitskräfte kapitulierten, wäre ein schönes Symbol gewesen. Der Vorschlag wurde auch gemacht, aber abgelehnt, und zwar mit dem Argument: Wir wollen keinen 41. Jahrestag der DDR erleben, nämlich den 7. Oktober. Sie soll vorher verschwinden.

Mit der staatlichen Vereinigung ist die „deutsche Frage“ gelöst, und das ist gut so für alle. Das hat die europäische Einigung nicht, wie manche fürchteten, behindert, sondern gefördert. Seit dem 3. Oktober 1990 existiert Deutschland erstmals in seiner Geschichte in allseits anerkannten Grenzen. Wem das kein Grund zum Feiern ist, dem kann ich auch nicht helfen.

Drittens: Die staatliche Vereinigung war nicht so einfach wie seinerzeit der Beitritt des Saarlands zur Bundesrepublik, denn nun war im Osten eine *zweifache Transformation* nötig: von der Diktatur zur

Demokratie und von der zentralistischen Planwirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft. Es gibt dafür keine Vorläufer, wohl aber sozusagen Mitläufer, nämlich alle anderen ehemals sozialistischen Länder Europas. Die mussten den Prozess aber ohne Vereinigung mit einem prosperierenden westlichen Land absolvieren. Die Schmerzen waren und sind deshalb dort erheblich größer. Kein Land des „sozialistischen Lagers“ hat diese Transformation besser bewältigt als Ostdeutschland.

Viertens: Die Transformation der DDR-Wirtschaft war aber nicht nur ein organisatorisches Problem. Das war schon groß genug. Die Betriebe mussten aus der Verflechtung mit dem Staatshaushalt und der politischen Kommandostruktur herausgelöst, in neue Rechtsformen überführt werden und sich selbst um ihre Produkte und ihren Absatz kümmern. Es musste aber außerdem ein *technologischer Rückstand* von zehn bis zwanzig Jahren aufgeholt werden, wie er im Vergleich von Trabant und Golf augenfällig war. Deshalb lief die Modernisierung der DDR-Wirtschaft faktisch auf eine Neugründung hinaus. Nach einer ersten Schätzung der Treuhandanstalt waren ganze zwei Prozent der DDR-Unternehmen ohne Sanierung auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig. Dreißig Prozent mussten geschlossen werden, darunter das Trabantwerk und das Wartburgwerk. Niemand wollte diese Autos mehr kaufen. Die meisten Betriebe waren dennoch sanierungsfähig. Aber Sanieren hieß immer die Arbeitsproduktivität erhöhen, also Arbeitskräfte entlassen (mit Abfindungen und Sozialplan, was es weiter östlich nicht gab), kräftig investieren, eine neue Produktpalette schaffen und sich selbst um Einkauf, Verkauf, Marketing kümmern. Das waren bis dahin keine Aufgaben der Betriebe. Sie bekamen Material zugewiesen und mussten Stückzahlen liefern. Neue Produkte bedurften der Genehmigung,

und auf diesem Wege verschwanden viele gute Ideen im Papierkorb. Die wirtschaftliche Transformation der östlichen Wirtschaft war faktisch eine Neugründung.

Die Vereinigung fand zwischen zwei sehr ungleichen Partnern statt. Und das konnte gar nicht anders ein. Ein Fünftel kam zu vier Fünfteln. Ein Staat in Auflösung kam zu einem stabilen Staatswesen, das zwar Reformbedarf, aber keinen Revolutionsbedarf hatte. Ein Staat, dem der Staatsbankrott bevorstand, kam zu einem finanziell wohlhabenden. Für vier Fünftel blieb zunächst alles beim Altbewährten, während sich für ein Fünftel alles änderte. Das eine Fünftel hatte jene drei Prozesse zu durchlaufen, die kein Gegenstück im Westen hatten. Diese Asymmetrien sind nicht durch Fehlentscheidungen entstanden, sondern bildeten die Exposition des Einigungsprozesses.

Manche fragen: Warum ist das ostdeutsche Wirtschaftswunder ausgeblieben? Die Antwort ist einfach: Wäre 1945 Württemberg mit der Schweiz vereinigt worden, hätte es ebenfalls kein Wirtschaftswunder gegeben, sondern Transfer und Abwanderung. 1990 hätte die westdeutsche Wirtschaft den östlichen Warenbedarf vollständig befriedigen können. Und durch den Fall der Mauer waren alle Pläne für eine langsame Reform der DDR-Wirtschaft gegenstandslos. Denn ein eigenes Wirtschafts- und Währungsgebiet kann ohne Zollgrenzen nicht existieren. Aber nochmals Kontrollen an der innerdeutschen Grenze, das wollte niemand. Also war die DDR-Wirtschaft schutzlos den Weltmarktbedingungen ausgesetzt. Es ist schlicht falsch, dass die Treuhand den wirtschaftlichen Zusammenbruch verursacht hat.

Maßstäbe des Erfolges

Und nach welchen Maßstäben können wir Erfolg und Misserfolg des Einigungsprozesses beurteilen?

Ich kenne vier Maßstäbe, an denen plausibel bemessen werden kann, wie es mit der deutschen Einheit steht.

Erster Maßstab: Wie wird der *Stand der deutschen Einheit* von außen, also im internationalen Vergleich, beurteilt? Ein Italiener hat bemerkt, sie sei weiter fortgeschritten als die italienische. Er hat recht. Sie ist auch weiter fortgeschritten als die belgische. Es gibt in Europa hier und da separatistische Bewegungen, bloß nicht in Deutschland. Die Tschechen und Slowaken und die Völker der Sowjetunion haben die neue Freiheit dazu gebraucht, sich schiedlich-friedlich zu trennen. Wir haben uns vereinigt. Leider gibt es nach wie vor eine hohe Abwanderung, vor allem nach Süddeutschland. Die dorthin gehen, haben keine Integrationsprobleme – und übrigens: Sie fördern den Aufschwung Süd.

Zweiter Maßstab: *Einheit in der deutschen Geschichte.* Deutschland wurde schon immer durch markante Unterschiede geprägt und hat es gelernt, mit ihnen zu leben. Da ist der uralte Unterschied zwischen dem Niederdeutschen und dem Hochdeutschen. Seit der Reformation ist Deutschland zudem konfessionell gespalten. Aber nach dem furchtbaren Dreißigjährigen Krieg hat es in Deutschland nie wieder konfessionelle Kriege gegeben. Man hat dank des Westfälischen Friedens mit den Unterschieden zu leben gelernt. Die traditionellen Unterschiede in Deutschland sind stärker nord-südlich als west-östlich ausgerichtet, übrigens auch in den neuen Bundesländern. Mecklenburg und Brandenburg waren auch früher vorrangig agrarisch und dünn besiedelt, Sachsen und Thüringen handwerklich-industriell bestimmt. Deshalb sind auch heute die Verständigungsschwierigkeiten zwischen Ostfriesen und Bayern größer als zwischen Thüringern und Hessen oder Schleswig-Holsteinern und Mecklenburgern. Und wenn zu DDR-Zeiten sich die Urlauberwelle aus Sachsen und Thürin-

gen an die Ostseeküste ergoss, hieß es dort: „Hast du drei Minuten Zeit, schlage einen Sachsen breit.“

Was vom Westen aus zudem oft übersehen wird, sind die gewaltigen Unterschiede innerhalb des Ostens. Ich meine jetzt nicht die landsmannschaftlichen, sondern die posttotalitären. Es gibt hin und wieder Veranstaltungen, bei denen ehemalige Funktionäre der SED und DDR-Oppositionelle aufeinanderstoßen. Da fliegen die Fetzen.

Es gibt in den östlichen Bundesländern einen tief greifenden Bevölkerungsrückgang. Er beruht allerdings nur zur Hälfte auf Abwanderung, die andere Hälfte ist Folge des Geburtenrückgangs nach 1990. Und die Abwanderung ist der Saldo viel größerer Wanderbewegungen in beide Richtungen. Von 2001 bis 2003 ist die ostdeutsche Bevölkerung insgesamt durch Abwanderung um 150 000 gesunken. 862 000 sind gegangen, aber 715 000 sind von West nach Ost gekommen oder zurückgekommen. Wir vermischen uns also.

Dritter Maßstab: die anderen ehemals sozialistischen Länder.

Überall war der Transformationsprozess mit schweren wirtschaftlichen Verwerfungen und hoher Arbeitslosigkeit, auch mit Abwanderung, verbunden. Überall sitzen postkommunistische Parteien in den Parlamenten, öfter auch in Regierungen. Überall sind das Wahlverhalten und die Wahlbeteiligung sehr wechselhaft. Überall gibt es leider auch nationalistischen Radikalismus. Überall gibt es das Problem des Elitenwechsels, zermürbende Auseinandersetzungen um die Vergangenheit und um Eigentumsfragen. All das und mehr erscheint vielen Westdeutschen als typisch Ost, ist aber in Wahrheit typisch posttotalitär.

Bei diesem Vergleich schneidet Ostdeutschland sehr gut ab. Dank der Vereinigung konnten die Schmerzen dieses Prozesses in Ostdeutschland namentlich

für die Rentner und Arbeitslosen erheblich abgefedert werden. All jene Länder waren mit dem Problem der hohen Staatsschulden konfrontiert. Sie haben sie durch Inflation abgebaut, was die Sparguthaben vernichtet und zu einer Phase der Altersarmut geführt hat. In Polen beträgt die Arbeitslosigkeit achtzehn Prozent, in Nordböhmen ebenfalls, aber Arbeitslose bekommen nur ein Jahr Unterstützung. Von allen ehemals sozialistischen Ländern hat Ostdeutschland den weitaus höchsten Lebensstandard und die beste Infrastruktur.

Vierter Maßstab ist der Vergleich der Lebensbedingungen in der DDR mit unseren heutigen.

Die Forderungen der ostdeutschen Demonstranten von 1989 sind erfüllt: Stasi raus, Reisefreiheit, freie Wahlen, Einheit Deutschlands. Ich nenne an erster Stelle den Freiheitsgewinn und denke dabei nicht zuerst an die Reisefreiheit, sondern an die Freiheit von der Angst vor Verhaftung. Noch im Sommer 1989 wurde von SED-Funktionären vertraulich die Warnung weitergegeben, der Platz des Himmlischen Friedens sei näher, als manche dächten. Gemeint war die blutige Niederschlagung der Demonstrationen in Peking, die Egon Krenz ausdrücklich gelobt hatte. Zum 9. Oktober 1989, nach der Jubelfeier des vierzigsten Jahrestages, war alles vorbereitet, um die Leipziger Montagsdemonstration gewaltsam niederzuschlagen. Die Krankenhäuser waren mit zusätzlichen Blutkonserven beliefert und das Gelände der Landwirtschaftsausstellung AGRA in Markkleeberg zur Internierung der Demonstranten vorbereitet. Aber die Sicherheitskräfte zogen sich zurück, weil sie befürchteten, mit der unerwartet hohen Anzahl von Demonstranten nicht fertig zu werden.

Als Zweites nenne ich die Freiheit vom ideologischen Zwang. Ich denke dabei besonders an die Zeitungen, an die Mu-

sehen und an die Schule, an Staatsbürgerkunde und Geschichte.

Drittens nenne ich die Freiheit zur politischen Betätigung namentlich für Christen. Als Pfarrer durfte ich in der DDR nicht einmal Mitglied im Elternbeirat werden.

Selbstverständlich behaupte ich nicht, es seien im Zuge der deutschen Einheit keine Fehler gemacht worden. Es gab ja weder Vorbilder noch Vorbereitungen für diesen einmaligen Prozess. Bei Umgestaltungen dieses Ausmaßes gibt es immer auch falsche Einzelentscheidungen. Und immer gibt es auch Betrüger und Glücksritter. Ich behaupte aber, dass es für die Grundentscheidungen damals keine Alternative ohne Schmerzen oder andere Nachteile gegeben hat.

Die Fehlerliste

Meine Fehlerliste ist nicht sehr lang. Ich nenne fünf.

Erstens: Es wäre besser gewesen, wenn die Bundesregierung 1990 zu einer großen kollektiven Anstrengung aufgerufen, die enormen Kosten auf den Tisch gelegt und erklärt hätte: Das wird hart, aber wir schaffen das. Die deutsche Vereinigung wurde nicht zum nationalen Projekt.

Ich weiß aber, warum Helmut Kohl nicht gesagt hat: Das wird hart für alle, aber wir schaffen das. Als nämlich Lafontaine erklärt hatte, die schnelle Einigung werde in einem finanziellen Desaster enden und deshalb werde Helmut Kohl die nächste Wahl im Dezember 1990 verlieren, hat er dafür im Westen laut Umfragen so viel Zustimmung bekommen, dass die Bundesregierung an der Belastbarkeit der westlichen Solidarität Zweifel bekam.

Zweitens: Die Lohnerhöhungen in Ostdeutschland sind zu schnell zu kräftig ausgefallen. Nun haben aber nicht die Ostdeutschen die schnelle Lohnerhöhung erzwungen. Sie wurde ihnen auf dem silbernen Tablett herübergereicht. Dabei spielte die westliche Angst vor öst-

licher Billiglohnkonkurrenz wohl die wichtigste Rolle. Und ein Aufbau Ost als Abbau West, Arbeitsplatzgewinn Ost als Arbeitsplatzverlust West, das hätte die westliche Volksseele zum Kochen gebracht: Die nehmen uns die Arbeit weg, und wir finanzieren das auch noch!

Dass diese schnellen Lohnerhöhungen ein schwerer Fehler waren, bezweifeln aber manche Ökonomen mit folgendem Argument: Einen Investor interessiert immer, wie lange denn eine Lohndifferenz Bestand haben wird. Und das konnte jeder absehen. Eine Lohndifferenz über dreißig Prozent wird in einem gemeinsamen Staatswesen nicht lange Bestand haben.

Drittens: Der Aufbau der sozialen Sicherungssysteme im Osten hätte aus Steuern statt aus Beiträgen finanziert werden müssen, da es sich um versicherungsfremde Leistungen gehandelt hat. Das hat die Lohnnebenkosten erhöht. Aber die Bundesregierung hat Steuererhöhungen aus Anlass der deutschen Einheit möglichst vermeiden wollen aus den bekannten Gründen. Der Solidarbeitrag übrigens wird in Ost und West gezahlt.

Viertens: Die Übernahme der westdeutschen Rechtsordnung rechne ich nicht zu den Fehlern. Aber namentlich das Verwaltungsrecht oder auch das Arbeitsrecht war in vierzig Jahren Bundesrepublik dermaßen verfeinert oder besser verkompliziert worden, dass es seinerzeit den Aufbau West und das Wirtschaftswunder behindert hätte, wenn es damals schon so engmaschig geknüpft gewesen wäre. Bloß: Hinter jeder zweiten Vorschrift steht eine Lobby. Und hinter manchen Vorschriften steht die EU.

Fünftens: Es sind wenige Anstrengungen unternommen worden, den Ostdeutschen Demokratie und Marktwirtschaft zu erklären. Anfangs war das Interesse an solchen Erklärungen sehr groß. Da es nicht befriedigt wurde, haben sich viele ihren eigenen Reim gemacht und sehr oft

nach dem alten marxistischen Muster: Hier Sozialismus, dort Kapitalismus oder Demokratie. Das Wort „Demokratie“ wird nämlich oft als Bezeichnung für die Gesamtheit der politischen, wirtschaftlichen, rechtlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse verstanden wie zuvor das Wort „Sozialismus“. Das muss man berücksichtigen, wenn Umfragen interpretiert werden. Wer dem Satz „Die Demokratie löst die Probleme nicht“ zustimmt, plädiert deshalb nicht für Diktatur, sondern kritisiert zumeist die hohe Arbeitslosigkeit, was aber mit der Staatsform der Demokratie gar nichts zu tun hat.

Vollendung der Einheit?

Und wann ist die deutsche Einheit vollendet? Die Frage ist sehr beliebt, aber selten bedacht. Wie würde denn die vollendete deutsche Einheit aussehen, auf die da gewartet wird? Alle ein Herz und eine Seele? War denn die Einheit der Bundesrepublik vor dem Beitritt in diesem Sinne vollendet? Die Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetzgebung, die RAF, die Nachrüstung, die Atomkraft, der Streit zwischen den Parteien, die Unterschiede zwischen Bayern und Ostfriesen sehen nicht nach vollendeter Einheit aus. Freiheit bedeutet immer auch Vielfalt, Pluralität, und das ist sogar gut so. Es kommt sonst zur gedankenarmen Monotonie.

Das Stichwort „vollendet“ findet sich in der neuen Präambel des Grundgesetzes: „Die Deutschen in den Ländern (sie werden aufgezählt) haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet.“ Im Hinblick auf die *staatliche Einheit* ist das auch richtig. Das Deutschland in den Grenzen des 3. Oktober 1990 ist das ganze Deutschland. Es ist territorial „vollendet“. Die staatliche Einheit ist dann vollendet, wenn die Bürger des Staates gemeinsam ein Parlament und eine Regierung wählen und wenn es keine separatistischen Tendenzen gibt. Die Wahlbeteiligung ist bei

Bundestagswahlen im Osten etwa sieben Prozent niedriger als im Westen und weitaus höher als in den östlichen Nachbarländern. Namentlich das Bundesverfassungsgericht, der Bundespräsident und die Grundrechte genießen in Ost und West etwa gleich hohes Ansehen. Auf diesem Gebiet ist die Einheit in Ordnung oder meinetwegen vollendet. Es gibt keine Unterschiede in Deutschland, die die staatliche Einheit infrage stellen. Das heißt ja nicht, dass wir keine Probleme hätten. Probleme gibt's immer. Die meisten Menschen dieser Welt würden aber sehr gern unsere Probleme gegen ihre eintauschen.

Das Warten auf die Vollendung der deutschen Einheit folgt einer Fata Morgana. Ein Werk kann vollendet sein oder unvollendet. Menschliche Beziehungen aber nie. Wann ist denn eine Ehe vollendet zu nennen? Wenn beide in Eintracht und Liebe gestorben sind. Nur Beendetes kann vollendet sein. Solange die Beteiligten leben, ist eine Beziehung nie vollendet, sondern auf gutem oder schlechtem Wege, und was übermorgen geschieht, können sie heute nicht sicher wissen. Die deutsche Einheit ist auf gutem Wege, aber nicht automatisch. Wie bei einem Haus, einem Garten oder einem Haushalt gibt es immer was zu tun, zu erhalten, zu pflegen, zu reparieren. Wer damit aufhört, weil das Haus oder der Garten nun vollendet sei, wird sich nicht lange der Vollendung freuen. Das nächste Unkraut kommt bestimmt, und irgendwann fehlt ein Dachziegel. Also bitte: Nehmen wir die anstehenden Aufgaben wahr und träumen nicht länger von einer imaginären vollendeten Einheit.

Die Einigungskosten sind verspätete Kriegsfolgelasten, die aber erfreulicherweise nicht außer Landes gehen, sondern im Lande bleiben.

Teil 1 dieses Beitrages von Richard Schröder findet sich in der Septemбераusgabe der Politischen Meinung auf den Seiten 31 bis 37.